

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmöndlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.50 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reutenburg Zweigst. Wildb. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gel. Hübner & Co. Wildbad. Postkontonummer Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Pettizeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunftsstellung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. In Konkursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachschlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gsch in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 72

Februar 1929

Wildbad, Freitag, den 27. März 1925

Februar 179

60. Jahrgang

Ein vergessener Gesichtspunkt

In der Finanzgebarung des Reichs ist es zur Gewohnheit geworden, Steuern über den Finanzbedarf hinaus zu erheben. Die sogenannten Steuermildrungen am Schluß des vergangenen Jahres haben nur einen geringen Einfluß auf die seit langem gewohnten monatlichen Ueberschüsse der Reichsfinanzverwaltung ausgeübt. Der Februar ergab wieder einen Gesamtüberschuß von 110,6 Millionen Mark und bleibt dabei innerhalb der gewohnten Grenze, die durch einen durchschnittlichen Ueberschuß von 107 Millionen Mark in den letzten Monaten gekennzeichnet wird. Das sind etwa 18 v. H. der Einnahmen, was zweifellos eine sehr überraschende Zahl darstellt.

Bei aller Hochachtung vor dem finanzpolitischen Grundsatz, daß zu hohe Ueberschüsse der Staatsverwaltung beinahe ebenso bedenkliche Folgen haben können wie zu geringe Erträge, weil sie zu verschwenderischer Geldverwendung und Mißhandlung der wirtschaftlichen Interessen eines Landes zu führen pflegen, wird man, wenn man die Dinge richtig sieht, keineswegs geneigt sein, der Reichsfinanzverwaltung schwere Vorwürfe darüber zu machen, daß sie im vergangenen Jahr etwas allzu fiskalisch gerechnet hat. Es handelt sich doch darum, die Inflationszeit zu überwinden, deren Schrecken, wie es scheint, schneller in Vergessenheit geraten sind, als wünschenswert ist. Daß man dabei genötigt war, von vornherein mit niedrigen Einnahmen zu rechnen, und mit brutaler Faust diesen niedrigen Einnahmen die Ausgaben anpassen mußte, war unvermeidlich. Nachdem aber erkannt war, daß der Inhalt des Füllhorns, das keine Gaben in die Reichsstaatskasse entleerte, doch wesentlich unterschätzt worden war, geboten grundlegende volkswirtschaftliche Erwägungen, möglichst bald den Zustand eines allzugroßen Ueberschusses zu beseitigen. Die Verwendung der erzielten Ueberschüsse ist teilweise bedenklicher als der Umstand, daß sie überhaupt erzielt wurden. Wie in so manchen anderen Fällen darf man auch hier sagen, daß die Nachkriegszeit bei den zuständigen Behörden Erwägungen und Methoden gestärkt hat, deren Fehlern wir in der Vorkriegszeit als einen Vorzug unserer Staatsverwaltung zu betrachten pflegten.

Noch deutlicher tritt diese veränderte Einstellung der Finanzbehörden gegenüber den Anforderungen eines gefundenen Fiskalismus bei der Bernachlässigung der wichtigen Frage, wie die Ausgaben der Staatsverwaltung beeinflusst werden soll, hervor. Das gilt nicht nur von der Finanzverwaltung, sondern auch vom Parlament. Auch diese Körperschaft geht an der Frage der Beschränkung der Ausgaben, wenn es irgend angeht, vorüber, was hoffentlich nicht darauf zurückzuführen ist, daß die Herren Reichstagsabgeordneten noch immer keine Anstalten gemacht haben, ihre gegenüber der Vorkriegszeit durch einen während der Inflationszeit gefassten Verlegenheitsbeschuß um über 150 Prozent erhöhten Diäten wieder zu vermindern und die einfache Anstandspflicht zu erfüllen, die für den Reichstagsabgeordneten als Diäteneinnehmer aus öffentlichen Mitteln durch die Tatsache gegeben wird, daß er der einzige mit öffentlichen Mitteln Bedachte ist, der höhere Bezüge hat als in der Vorkriegszeit. Die Ausgaben von Reich, Staat und Gemeinden in der Vorkriegszeit sind nicht zehntel Heller und Pfennig zu ermitteln. Sie werden aber unter Hinzurechnung der Einnahmen der Betriebe öffentlicher Körperschaften auf etwa 8 Milliarden zu veranschlagen sein. Rechnen wir dagegen die Gesamtbelastung zusammen, die aus allen Quellen gegenwärtig auf dem deutschen Volk ruht, so kommt man zu etwa 10 Milliarden. Dabei wurde in der Vorkriegszeit das deutsche Volkseinkommen auf 40 bis 45 Milliarden veranschlagt, während den Sachverständigen, die das Dawes-Gutachten vorbereiteten, amtlich 24 Milliarden Mark als geschätztes Volkseinkommen bekannt gegeben wurde. Natürlich ist jetzt mit einer Erhöhung des Volkseinkommens zu rechnen, über deren Maß die Phantasie aber den weitesten Spielraum hat. Unbestritten ist die Tatsache, daß das deutsche Volk sich heute Ausgaben leistet, die höher sind als die Ausgaben in der Vorkriegszeit, obgleich es inzwischen verarmt und wichtiger Erwerbsquellen beraubt worden ist. Wenn man sehr wohlwollend rechnet, wird man sagen können, daß die Ausgabenerhöhung gegenüber der Vorkriegszeit ungefähr der eingetretenen Geldentwertung entspricht. Aber selbst, wenn man unterstellt, das sei richtig, so bleibt die Tatsache bestehen, daß in der Ausgabewirtschaft der öffentlichen Körperschaften keine Rücksicht auf die Veränderung der deutschen Wirtschaftslage genommen wird. Außerdem sind in der hier angeführten Rechnung die Entschädigungslasten natürlich nur in dem gegenwärtig eingeschrankten Umfang enthalten. Die Ausgabenseite wird um diese Verpflichtungen in den nächsten Jahren noch erheblich steigen.

Wir besitzen noch immer eine Sparkommission, die aber, wie es scheint, nach vollzogenem Beamtenabbau, der, auf das Jahr berechnet, nach den Berechnungen der Beamtenverbände eine Ersparnis von 84 Millionen Mark

Tagespiegel

Zur Aufwertungsfrage wird amtlich mitgeteilt, daß die Darlegung der Stellung der Regierung zu dieser Frage baldigst zu erwarten ist.

Im Reichsfinanzministerium beginnen am Mittwoch nächster Woche die Verhandlungen mit den Beamtenverbänden über die Neuregelung der Gehaltsfragen. Der Verband der Berliner Industriellen hat auch die neuen Lohnforderungen der Arbeiterschaft wegen Untragbarkeit und allgemeinen Rückgangs der Aufträge abgelehnt. Man rechnet mit neuen Lohnkämpfen zu Anfang April.

Präsident Coolidge beriet mit dem auswärtigen Ausschuß des Senats über die Möglichkeit einer Abrüstungskonferenz. Senator Borah erklärte, er bezweifle, daß die augenblickliche Lage in Europa ihrem C-folge förderlich sein werde.

Nach dem ägyptischen Unterhaus wird nunmehr auch der Senat aufgelöst werden. Diese Maßnahme ist die Folge der Wahlreform, die gegenwärtig im Auftrag der Regierung von einem eigenen Ausschuß ausgearbeitet wird.

eingebracht hat, offenbar ihre Tätigkeit zunächst eingestellt hat. Dabei soll sie eigentlich mit ihren Sparmaßnahmen jetzt erst beginnen. Nachhaltige und finanziell ins Gewicht fallende Ersparnismaßnahmen sind nur durchzuführen, wenn sie begleitet werden von einer Vereinfachung der Verwaltung im Reich, bei den Ländern und Gemeinden. So können hier nicht nur enorme Summen erspart, sondern auch Änderungen der Verwaltungsmethoden und ihres Geschäftsganges erzielt werden, die auch in anderer Hinsicht sehr wohltätig wirken. Aber diese Seite unserer Finanzwirtschaft bleibt so gut wie unerörtert. In den Steuervorlagen der Regierung wird in der Hauptsache die Einkommenseite behandelt, im Besetz über den Finanzausgleich befindet sich eine Rechnung, wonach der Zuschußbedarf der Länder 45 v. H. höher ist als im Jahr 1914, während für die Gemeinden ein sogar um 50 v. H. höherer Zuschußbedarf angenommen wird. Aber die Frage, ob das berechtigt ist, wird gar nicht erst gestellt. Der sächsische Finanzminister hat vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß der durch Steuern u. Abgaben zu deckende Staatsbedarf im Jahr 1914 91,7 Millionen betragen habe, während er heute auf 192,7 Millionen angewachsen ist. Wie ist das alles in Einklang mit unserer Lage zu bringen?

Unter normalen Wirtschaftsverhältnissen sollen Steuern aus dem Volkseinkommen gezahlt werden, ohne daß ein starker Druck auf die Lebenshaltung und die Kapitalbildung ausgeübt wird. Bei uns aber werden die Steuern zum Teil aus der Substanz bezahlt, zum Teil voll bei der Preiskalkulation vorher eingerechnet; sie wirken daher als einer der nachteiligsten Preisbestimmungsgründe. Hand in Hand mit der so bewirkten Erhöhung des Preisstands geht aber eine künstliche Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter, Beamten und Angestellten und eine Erschwörung der so dringend notwendigen Kapitalbildung. Die hierdurch bewirkten sozialen Spannungszustände müssen sobald wie möglich beseitigt werden. Das ist einer der Hauptgesichtspunkte, die die deutsche Finanzpolitik ins Auge fassen sollte. Seine Durchführung ist aber nur möglich, wenn sich einer auch aus außenpolitischen Gründen in gewisse Grenzen gebannten Steuermildrungen eine erhebliche Einschränkung des Ausgabenbedarfs der öffentlichen Körperschaften hinzugesellt.

Dr. Jarres in Stuttgart

Auf Veranlassung des Reichsbüros für Württemberg sprach am Mittwoch der Reichspräsidentkandidat Oberbürgermeister Dr. Jarres zuerst nachmittags vor einem geladenen Kreis im Stadtpark und abends in zwei Massenversammlungen in der Liederhalle und im Dinkelader-Saalbau.

Nach herzlicher Begrüßung durch den Vorsitzenden des Reichsbüros in Württemberg, Landgerichtspräsidenten a. D. v. Wanger, führte Dr. Jarres aus, es handle sich bei der Wahl nicht um Personen, sondern um die Sache. Es müsse jemand über den Parteien stehen und unabhängig von ihnen gefunden werden, der das Vertrauen des Volkes besitze. Er habe die Verpflichtung übernommen, sich wenigstens in den Hauptstädten vorzustellen, nicht um Stimmen zu fangen, sondern um die Stimmung zu festigen. Nun sei er nach dem Schwabenland gekommen das ihm nicht unbekannt sei. Als Ziel des Kampfes bezeichne er die Erneuerung des Staates auf nationaler, christlicher und sozialer Grundlage. Wir wollen keine glatte Wiederkehr der alten Verhältnisse. Wir wollen aber in Ehrfurcht auf das Gute in der Vergangenheit blicken und das Gute nicht herunterreißen lassen. Aber wir wollen auch keine Geldsak-

republik. Der Kampf um Rhein und Ruhr sei äußerlich zwar nicht gewonnen worden, aber innerlich von großem Wert gewesen. Das deutsche Volk habe wieder Vertrauen zu sich selbst und die Achtung der Welt gewonnen. Der Kampf wird sich im Enderfolg als reicher Gewinn herausstellen. Gegenüber den Angriffen wegen seiner angeblichen Versackungspolitik betonte er, er habe während des Ruhrkampfes recht und schlecht seine Pflicht getan. Wenn man jetzt seine Tätigkeit heruntersetze und ihn als Rheinländer zweiter Klasse hinstelle, so wehre er sich dagegen. Als der passive Widerstand aufgegeben werden mußte, weil er über unsere materielle Kraft ging, habe er eine starke deutsche Politik vertreten. Er habe vorgeschlagen, zu erklären, daß auch wir so lange vom Friedensvertrag entbunden seien, bis die Ruhereinbrecher vertragsmäßige und völkerrechtlich-mäßige Zustände wieder hergestellt hätten. Dies sei keine Katastrophenspolitik. Der Weg stielte wohl gewaltige Anforderungen an die Nervenkraft des deutschen Volkes. Er sei der Ueberzeugung gewesen, daß durch diese Zulassung der Lage die internationale Einmischung erfolgen müsse. Damals sei man in der Verzweiflung zu Vorschlägen gekommen, die weit katastrophaler waren. Man habe mit dem Gedanken gespielt, mit den Feinden zu verhandeln, um einen autonomen Rheinstaat zu errichten. Der Redner betonte, daß ihm diese Auseinandersetzungen außerordentlich peinlich seien, da nur der Feind daran seine Freude haben könne. Er betonte weiter, daß der einzige Trost daran sei, daß die Gefahr für das Rheinland überwunden und der Kampf um den Rhein zu Deutschlands Gunsten endgültig entschieden sei. Wir müßten auf allen Gebieten eine nationale Außenpolitik treiben, aber nicht im nationalistischen Sinne, sondern würdig und besonnen, unter Ablehnung aller pazifistischen und internationalen Gedankengänge. Wir seien grundsätzlich bereit, in den Völkerbund einzutreten, aber nicht bedingungslos, sondern wollten unseren Platz nur dann dort einnehmen, wenn wir gleichberechtigt seien. Beim Eintritt sei es unsere besondere Aufgabe, das Interesse der nationalen Minderheiten zu wahren. Hier in Stuttgart sei es besonders das Deutsche Auslandsinstitut, das die Interessen der Deutschen der Diaspora und im Ausland wirkungsvoll vertrete. Des weiteren wandte sich der Redner gegen die Kriegsschuldfrage, gegen die anzukämpfen Pflicht jedes Deutschen sei. Die Wahnsinnsurteile vom November 1918, das deutsche Volk habe auf der ganzen Linie gefehlt, hätten sich als Lug und Trug erwiesen. Mit Schmach empfinde man, daß die Reinheit des öffentlichen Lebens geschwunden sei. Mit den heutigen Verhältnissen seien wir nicht zufrieden. Trotzdem müßten wir Achtung vor dem grundlegenden Verfassungsgelehr von Weimar haben, aber nicht, als ob wir in diesem Gesetz das Ideal der deutschen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten sähen. Eine Änderung dürfe jedoch nur auf verfassungsmäßigem Wege und in organischer Fortbildung, aber nicht auf gewalttätigem Wege herbeigeführt werden. Mit der Achtung der Verfassung verbinde sich die Ehrfurcht vor der Vergangenheit. Wir müßten Brücken schlagen zwischen dem alten Deutschland und einem neuen glücklicheren Deutschland der Zukunft. Wir wollten weiter sozial sein im Sinne eines gefundenen sozialen Fortschrittes. Sozial heiße aber nicht sozialistisch. Er wolle nicht den Klassenkampf, sondern den Frieden unter den Berufsständen. Der Mittelstand müsse erhalten bleiben. Die bodenständige Kapitalkraft sei ebenso nötig wie die Förderung der Arbeitskraft. Als weitere Forderungen führte er an: Bernünftige Wirtschaftspolitik, gerechte Aufwertung, Befreiung der Wirtschaft von überflüssigem Zwange und Hebung der Kreditnot, sowie eine gerechte Steuerpolitik. Zum Schluß gedenkt der Redner der Leistungen des Grafen Zeppelin, der dem deutschen Volk den Glauben an sich selbst gestärkt habe. Wir wollen dem Beispiel des alten schwäbischen Grafen folgen und unermüdet und unverdrossen eine neue Zukunft aufbauen. Der Redner schloß mit einem Hoch auf das württembergische Land. Die Rede erntete stürmischen Beifall.

Nach Schluß brachte die Menge Dr. Jarres begeisterte Huldigungen dar.

Reichswehrminister Dr. Gessler für die Kandidatur Hespach

Stuttgart, 26. März.

Zu einer nachwolligen Kandidatur für die Reichspräsidentenwahlkandidatur des badischen Staatspräsidenten Dr. Hespach gestaltete sich die Versammlung, die die Deutschdemokratische Partei in die Stadtparkhalle einberufen hatte. Der Andrang war ungeheuer und unzählige konnten keine Karten mehr bekommen. Als Reichswehrminister Dr. Gessler, den die Deutschdemokratische Partei für diesen Abend gewonnen hatte, am Rednerpult erschien, brante ihm begeisterter Beifall entgegen. Nach Dankworten für diese herzliche Begrüßung kennzeichnete der Reichswehrminister die große Schwierigkeit der Aufgaben, die der Reichspräsident zu erfüllen hat. Mit sicherem Takt die Fäden in der Hand halten, so daß die Geschäfte des Reichs keinen Schaden erleiden, müsse der Reichspräsident. Eine ungeheuer

Wählt Jarres,

den Kommunisten und Franzosen mißhandelt haben und der Kommunisten und Franzosen gegenüber tat, was er für Deutschland zu tun schuldig war!

Sparer, Hypothekenbesitzer!

Laßt Euch nicht durch zersplitternde Bestrebungen und Flugblätter irre machen! Stimmenthaltung schadet gerade den alten Sparern!

Pfannkuch

Stets frisch gerösteter

Kaffee

reinschmeckend
1/2 Pfund

75 ¢

Phanko-Kaffee

auserlesene Mischung
1/2 Pfund-Paket

90 ¢

Meßmer-Kaffee

allerfeinste auserlesene Mischung
1/2 Pfund-Paket

1.90

Verlangen Sie die bekannten „Phanko u. Meßmer-Packungen.“

Pfannkuch

Wer hohle Zähne hat!
plombiere mit Dentinitt.
A. & W. Schmit, Drogerie,
Wilhelmstr. 86.

Linden-Lichtspiele

Freitag abend 7/9 Uhr
Sonntag nachm. 4 Uhr und abends 7/9 Uhr
Das große Pracht-Programm

SAID

Ein Volk in Ketten

ein Völkerschicksal aus vergangenen Tagen
in 7 Akten.

Der
Ehemann als Hausmädchen
Lustspiel in 1 Akt.

Meisterschaft

VON
**Deutschland und Oesterreich
im Skilaut 1925**
am 7. und 8. Februar in Kitzebühel.

Frisch eingetroffen:
Kabeljau, Pfund 35 Pfennig
Merlan, Pfund 40 Pfennig
Schellfisch, Pfund 80 Pfennig

und empfiehlt
Adolf Blumenthal.

Mandolinen-Berein Wildbad.

Samstag, den 28. März 1925
abends 7/9 Uhr im Saale der „Alten Linde“

Frühjahrs-Konzert

unter gütiger Mitwirkung auswärtiger Solisten.

Beginn pünktlich 7/9 Uhr. Näheres Programm.
Eintrittspreis: 1 Mk., Mitglieder 30 Pfg.
Das Programm berechtigt zum freien Eintritt.

Gasthaus zur „Eintracht.“
Morgen Samstag und Sonntag

Schlachtpartie

wozu freundlichst einladet
B. Burz.

Empfehle ab heute

Original Vollweizenschrot-Brot,

ohne Hefe, ohne Sauerteig hergestellt,
4 Stunden gebackt, aus dem Weghornwerk, Schwabach.
Für Magenleidende, Diabetiker usw. sehr zu empfehlen.
Zu haben bei:
Hermann Pfau, Olgastr.,
neben dem Rathaus.

Pfannkuch

Eingetroffen:
größere Sendung
vollfrische schwere

Italiener-Eier

10 Stück
1.18
extra schwere
vollfrische

Trinkeier

10 Stück
1.38

Pfannkuch

Qualitäts-
**Kinderstiefel
und Halbschuhe,**
weiß, braun und schwarz,
in allen Größen!
Schuhhaus Hermann Luz.

Zur Reichspräsidentenwahl!

Samstag, 28. März, abends 8 Uhr,

findet in der Turnhalle ein

Vaterländischer Abend

mit Ansprachen für die Kandidatur Jarres, umrahmt von musikalischen und deklamatorischen Darbietungen, statt, wozu Männer und Frauen aus Wildbad und Umgebung freundlich eingeladen sind.

Wirtschaft ohne Trinkzwang!

Der überparteiliche Ausschuß.